

Verpflichtungserklärung zum Datenschutz

Das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) regelt den Schutz personenbezogener Daten vor Missbrauch.

Insbesondere untersagt es die Verbreitung, Bekanntgabe, Zugänglichmachung und jede anderweitige Nutzung personenbezogener Daten für andere als die zur rechtmäßigen Aufgabenerfüllung gehörende Zwecke.

Das Speichern, Übermitteln, Verändern und Löschen personenbezogener Daten ist nur im Rahmen der rechtmäßigen Aufgabenerfüllung zulässig.

Über erhobene und gespeicherte Daten darf nur mit Zustimmung bzw. nach den Richtlinien der Stellen verfügt werden, die für die Erhebung und die Auswertung verantwortlich sind.

Es ist sowohl dem Unternehmen Foerster & Thelen Marktforschung Feldservice GmbH, Stühmeyerstraße 16, 44787 Bochum, als auch jedem Auftragnehmer/ Interviewer, gesetzlich untersagt, geschützte personenbezogene Daten unbefugt zu einem anderen als dem zu Ihrer rechtmäßigen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekanntzugeben, zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Bereits ein fahrlässiges Bereithalten zur Einsichtnahme gilt als Übermittlung.

Wer unbefugt personenbezogene Daten speichert, verändert, übermittelt oder abrufen, oder sich oder einem anderen Einsicht aus Dateien verschafft, macht sich strafbar (vgl. § 44 BDSG).

Die Verpflichtung, das Datengeheimnis zu wahren, besteht auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses fort.

Die Gesetzestexte der §§ 1, 5 und 44 des BDSG sind auf der 2. Seite dieser Verpflichtungserklärung aufgeführt.

§ 1 Zweck und Anwendungsbereich des Gesetzes

- (1) Zweck dieses Gesetzes ist es, den Einzelnen davor zu schützen, dass er durch den Umgang mit seinen personenbezogenen Daten in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt wird.
- (2) Dieses Gesetz gilt für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten durch
 1. öffentliche Stellen des Bundes,
 2. öffentliche Stellen der Länder, soweit der Datenschutz nicht durch Landesgesetz geregelt ist und soweit sie
 - a) Bundesrecht ausführen oder
 - b) als Organe der Rechtspflege tätig werden und es sich nicht um Verwaltungsangelegenheiten handelt,
 3. nicht-öffentliche Stellen, soweit sie die Daten unter Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen verarbeiten, nutzen oder dafür erheben oder die Daten in oder aus nicht automatisierten Dateien verarbeiten, nutzen oder dafür erheben, es sei denn, die Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung der Daten erfolgt ausschließlich für persönliche oder familiäre Tätigkeiten.
- (3) Soweit andere Rechtsvorschriften des Bundes auf personenbezogene Daten einschließlich deren Veröffentlichung anzuwenden sind, gehen sie den Vorschriften dieses Gesetzes vor. Die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.
- (4) Die Vorschriften dieses Gesetzes gehen denen des Verwaltungsverfahrensgesetzes vor, soweit bei der Ermittlung des Sachverhalts personenbezogene Daten verarbeitet werden.
- (5) Dieses Gesetz findet keine Anwendung, sofern eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum belegene verantwortliche Stelle personenbezogene Daten im Inland erhebt, verarbeitet oder nutzt, es sei denn, dies erfolgt durch eine Niederlassung im Inland. Dieses Gesetz findet Anwendung, sofern eine verantwortliche Stelle, die nicht in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum belegen ist, personenbezogene Daten im Inland erhebt, verarbeitet oder nutzt. Soweit die verantwortliche Stelle nach diesem Gesetz zu nennen ist, sind auch Angaben über im Inland ansässige Vertreter zu machen. Die Sätze 2 und 3 gelten nicht, sofern Datenträger nur zum Zweck des Transits durch das Inland eingesetzt werden. § 38 Abs. 1 Satz 1 bleibt unberührt.

§ 5 Datengeheimnis

Den bei der Datenverarbeitung beschäftigten Personen ist untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen (Datengeheimnis). Diese Personen sind, soweit sie bei nicht-öffentlichen Stellen beschäftigt werden, bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit auf das Datengeheimnis zu verpflichten. Das Datengeheimnis besteht auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort.

§ 44 Strafvorschriften

- (1) Wer eine in § 43 Abs. 2 (=Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig handelt) bezeichnete vorsätzliche Handlung gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, begeht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt. Antragsberechtigt sind der Betroffene, die verantwortliche Stelle, der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit und die Aufsichtsbehörde.